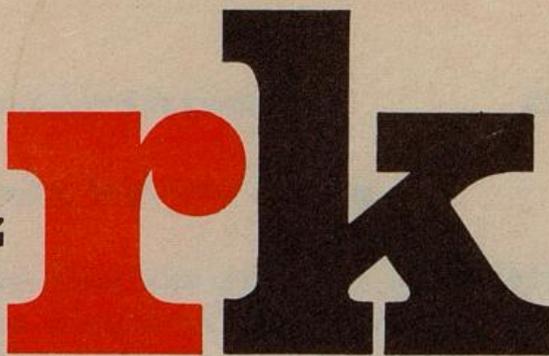


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 30. März 1984

Blatt 691

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:** Wiener Gemeinderat
(rosa) Enquete über einheitliche Führerscheinprüfungen
Verabschiedung von Gemeindebediensteten
- Lokal:** Einschreibungen in die Volksschule beginnen
(orange) Montag
- Kultur:** Künstlerischer Beirat der Wiener Symphoniker
(gelb)
- Wirtschaft:** Zwei neue Geschäftsführer im Bereich der Wiener
(blau) Holding

Einschreibungen in die Volksschule beginnen Montag

=++++

1 Wien, 30.3. (RK-LOKAL) Der Stadtschulrat für Wien teilt mit, daß am Montag, dem 2. April, die Einschreibungen in die Volksschule beginnen. Sie finden am 2., 3., 4., 5., 6. und 9. April in der Zeit von 8 bis 12 Uhr, am 7. April in der Zeit von 8 bis 11 Uhr in der dem Wohnsitz nächstgelegenen Volksschule statt.

Aufgrund des Schulpflichtgesetzes müssen alle Kinder, die bis einschließlich 31. August 1984 das 6. Lebensjahr vollenden, zum Schulbesuch angemeldet werden. Kinder, die zwischen 1. September und 31. Dezember 1984 sechs Jahre alt werden, können aufgenommen werden, wenn sie schulreif sind.

Zur Schuleinschreibung, bei der nach Möglichkeit auch das Kind mitkommen soll, sind Geburtsurkunde, Meldezettel (auf dem auch das Kind eingetragen ist), eine die Staatsbürgerschaft des Kindes nachweisende Urkunde und ein Nachweis des religiösen Bekenntnisses mitzubringen.

Informationen über die Schuleinschreibung enthalten die Kundmachungen, die in allen Volksschulen angeschlagen sind. (Schluß)
emw/ap

NNNN

Enquete über einheitliche Führerscheinprüfungen

-++++

2 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Die Verwaltungsakademie der Stadt Wien veranstaltet am Samstag in Zusammenarbeit mit der Wiener Handelskammer, Fachgruppe Kraftfahrerschulen, im Tourotel Oberlaa eine Enquete über eine Vereinheitlichung der Fahrprüfungen.

In einzelnen Arbeitskreisen werden die fast hundert Teilnehmer an der Enquete über die "Harmonisierung der Ausbildung und die Prüfung von Führerscheinwerbern" beraten und dabei auch aktuelle Gesichtspunkte, wie ökonomisches Fahren, Umweltschutz, Kinder im Verkehr und die sogenannten "Übungsfahrten" (Fahrausbildung ohne Besuch einer Fahrschule) diskutiert. (Schluß) and/ko

NNNN

Zwei neue Geschäftsführer im Bereich der Wiener Holding

=++++

3 Wien, 30.3. (RK-WIRTSCHAFT/KOMMUNAL) Bei zwei Gesellschaften, die zum Konzern der Wiener Holding gehören, wurden neue Geschäftsführer bestellt.

An der Spitze der "Jugend & Volk Verlagsgesellschaft m.b.H.", deren Anteile zu 100 Prozent die Wiener Holding hält, steht nun Mag. Dr. Otto SCHIMPF, der schon seit Oktober des Vorjahres interimistisch mit der Geschäftsführung des Unternehmens betraut war. Dr. Schimpf, Jahrgang 1948, war seit 1978 Referent der Wiener Holding.

Neben Prof. Fritz SENGER ist nun Dr. Alfreda FIALA Geschäftsführer der Kabel-TV-Wien Ges.m.b.H., eines in Verwaltung der Wiener Holding stehenden Unternehmens. Dr. Fiala, Jahrgang 1945, arbeitete als Journalistin in Graz und beim ORF, führte später eine Medienbeobachtungsfirma und war zuletzt in der Öffentlichkeitsarbeit der Wiener Volkspartei tätig. Sie gehörte seit 1980 dem Aufsichtsrat der Kabel-TV-Wien Gesellschaft m.b.H. an. (Schluß) wh/gg

NNNN

Verabschiedung von Gemeindebediensteten

=++++

10 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ nahm Donnerstag nachmittag die Verabschiedung von 1.200 Gemeindebediensteten vor, die nun in den wohlverdienten Ruhestand treten. Der Bürgermeister meinte, diese Veranstaltung sei als Dank im Namen aller Mitbürger gedacht. Die steigenden Probleme von Großstädten, ob es sich nun um Verkehrsprobleme oder Müllprobleme handle, stünden im direkten Zusammenhang mit dem gesteigerten Wohlstand. Deswegen sei es ihm lieber, jeden Tag mit den Problemen von heute befaßt zu sein, als nur einen Tag lang mit den Problemen von 1945. Denn damals sei es darum gegangen, die Wienerinnen und Wiener vor dem Verhungern zu retten und die Stadt aus Ruinen wieder aufzubauen. Dafür aber, daß auch dies gelungen sei, dankte der Bürgermeister den verabschiedeten Gemeindebediensteten, von denen einige diese Zeit bereits beim Magistrat miterlebt haben. (Schluß)

rö/ap

NNNN

Künstlerischer Beirat der Wiener Symphoniker

=++++

11 #Wien, 30.3. (RK-KULTUR) Die Besetzung des künstlerischen Beirates der Wiener Symphoniker ist abgeschlossen. Gerd ALBRECHT, Gary BERTINI und Christoph von DOHNANY haben sich bereit erklärt, in diesem Beirat mitzuwirken. #

Die Aufgaben des künstlerischen Beirates liegen in der Beratung des Orchesters in allen künstlerischen Fragen wie Repertoirepflege, Reisen, Engagement von Dirigenten und Solisten, Neubesetzung von Orchesterplanstellen und anderen musikalisch-künstlerischen Problemen.

Albrecht, Bertini und Dohnany haben sich aus Interesse an den Wiener Symphonikern und der Musikstadt Wien spontan bereit erklärt, ihre Funktion ohne Honorar zu erfüllen. Der dafür vorgesehene Betrag fließt in eine Stiftung zugunsten der Nachwuchsförderung von Dirigenten. (Schluß) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat am Freitag zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), wie der Stand der Verhandlungen über die freihändige Vergabe des künftigen U-Bahn-Baues sei, sagte Bürgermeister GRATZ, daß die Vergabe nach der Ö-Norm A 2050 auch Probleme wie die Unbestimmtheit des Preises für das Gesamtprojekt mit sich bringe. Deshalb seien Gespräche über die Gesamtvergabe zu rechtfertigen. Das angeführte Gespräch sei jedoch ohne konkretes Ergebnis beendet worden. Die Initiative für dieses Gespräch sei von den Firmen ausgegangen, sagte Gratz auf die entsprechende Zusatzfrage. Für jede Verhandlung, auch dieser Art, sei zu sagen, daß erst die Zustimmung des Gemeinderates dem Ergebnis seine Gültigkeit verleihe.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. ARTHOLD (ÖVP), ob die Stadt Wien bei der Bohrung der ÖMV am Laaer Berg alle Sicherheits- und Umweltschutzmaßnahmen getroffen habe, sagte Bürgermeister GRATZ, daß der Stadt in diesem Fall keine Parteistellung zukomme, daß jedoch die entsprechenden Bundesstellen etwa in der Frage des Lärmschutzes zu entsprechenden Maßnahmen aufgefordert worden seien. Er glaube nicht an eine wie immer geartete dauernde Beeinträchtigung durch die Bohrung. Eine Gasförderung an dieser Stelle wäre möglich, er würde sie jedoch nicht begrüßen, sagte Gratz. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), zu welchen Konditionen die Geschäftsführer des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds angestellt würden, sagte Bürgermeister GRATZ, daß der Beschluß über diesen Fonds erst durch den Gemeinderat zu fassen sei, er könne daher noch keine Auskunft geben. Jedenfalls, so Gratz auf die Zusatzfrage nach der möglichen Höhe des Gehalt, müsse man gute Manager, die ja notwendig seien, entsprechend bezahlen. Die Frage einer öffentlichen Ausschreibung für das Management überlasse er den Organen des Fonds, die Frage der Pensionsansprüche der Manager sei nach den hiefür geltenden allgemeinen Richtlinien zu regeln. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Ing. RIEDLER (SPÖ), was er vom Gemeinderatsausschußbeschuß betreffend die Vorbereitung der Überprüfung möglicher Maßnahmen für den Gürtel sowie für die West- und Südeinfahrt erwarte, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß ähnlich wie beim "Donaubereich Wien" zusätzlich zu den Wiener Experten auch weitere Fachleute aus dem In- und Ausland herangezogen werden. In den kritischen Gebieten ist es notwendig, die Lärm- und Abgasemission zu senken, die Probleme des ruhenden Verkehrs zu lösen, Grünflächen in Verbindung mit Fußgängerzonen zu schaffen, die Erreichbarkeit der kritischen Gebiete sicherzustellen und die Bausubstanz zu sanieren. Für insgesamt 600.000 Menschen werden diese Maßnahmen relevant sein. Im Wettbewerb der Experten soll die günstigste Lösung gefunden werden. In die Überlegungen sind auch der Südgürtel und die Südeinfahrt einbezogen. Mitreden sollen nicht nur die Vertreter der Bezirke, sondern auch die betroffene Bevölkerung.

Auf die FÜNFTTE ANFRAGE von GR. EDER (SPÖ), wie die Maßnahmen der Stadt Wien zur Förderung der Exporttätigkeit kleinerer und mittlerer Betriebe gegriffen haben, antwortete StR. MAYR (SPÖ), daß zwischen 1. Jänner 1983 und Mitte März 1984 135 Firmen davon Gebrauch gemacht haben. 80 Prozent sind Produktionsbetriebe, 12 Prozent Handelsbetriebe und 8 Prozent Dienstleistungsbetriebe. Durch die Förderung wurde im Jahr 1983 ein Volumen von 760 Millionen Schilling finanziert. Seit 1979 wurde ein Exportvolumen von zwei Milliarden finanziert. Für 90 Prozent der Kredite wurde eine Ausfallhaftung übernommen. Bisher mußte davon jedoch noch nicht Gebrauch gemacht werden. (Forts.) and/ap

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. NUSSBAUM (SPÖ), wie der erste Wiener Frühlingsmarathon und -lauf von der Wiener Bevölkerung angenommen wurden, antwortete StR. MRKVICKA (SPÖ), daß am Marathon 949 Läufer teilgenommen haben, 75 Prozent davon haben das Ziel erreicht. Das ist international eine sehr hohe Quote. 110 Teilnehmer kamen aus dem Ausland, etwa 30 Prozent aus den anderen Bundesländern. Am Frühlingslauf nahmen 2600 Läufer teil, auch darunter waren viele aus den anderen Bundesländern. Bei der Veranstaltung wurden 100.000 Zuschauer gezählt. Wegen des großen Erfolges wird am 31. März 1985 wieder ein Stadtmarathon und ein 15-Kilometer-Frühlingslauf stattfinden. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dr. NEUBERT (ÖVP), wieviel die geplanten Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen bei den EBS kosten werden, antwortete StR. SCHIEDER (SPÖ), 410 bis 465 Millionen Schilling. Wann die Anlage voll funktionsfähig sein wird, kann in drei Wochen beantwortet werden. Bei der Verbrennung wird kein Heizöl zugesetzt, sodaß auch keine Emissionen entstehen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), in welcher Weise die getrennte Einsammlung von Altglas, Altpapier und Sondermüll in Wien möglichst effizient verwirklicht werden kann, antwortete StR. SCHIEDER, derzeit werden 4.500 Tonnen Altglas pro Jahr eingesammelt. Die Sammlung auf 369 Standplätzen und in 924 Behältern führt die Stadt Wien durch. Die Verwertung erfolgt durch die österreichische Produktionsgesellschaft. Das System soll durch eine Verwertung in Zusammenarbeit mit der Industrie verbessert werden.

Beim Altpapier führt die "ÖPG" alles selbst durch. Die Lösung ist derzeit unbefriedigend.

Für den Sondermüll wird eine Rücknahme durch den Handel und die Produzenten angestrebt. Die ersten Gespräche darüber sind sehr positiv angelaufen. Beim ersten Sondermülltag am 7. April wird man auch über die Menge und die Zusammensetzung des in den Wiener Haushalten anfallenden Sondermülls mehr erfahren. Der Sondermüll wird am 7. April in 15 Gruppen eingesammelt. Die Entsorgung erfolgt durch die EBS, durch Rückgabe an die Produzenten, eventuell werden anfallende Stoffe auf Sondermülldeponien in das Ausland gebracht oder wenn eine Lagerung unproblematisch ist - wie bei Leuchtstoffröhren - ein paar Monate gelagert, bis österreichische Firmen dieses Problem lösen können. Insgesamt zeichnet sich ab, so Schieder, daß die Müllentsorgung in Wien besser gelöst werden kann als in anderen Städten. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. JANK (SPö), wie sich das Sondermülltelefon bewähre, erklärte StR. SCHIEDER (SPö), daß in den ersten drei Monaten des Jahres rund 64 Entsorgungen von insgesamt 800 Kilogramm Sonderabfall durchgeführt wurden. Die Beamten nahmen pro Tag rund 15 Anrufe entgegen, rund 80 Prozent der Anrufer waren Private. Auf eine Zusatzfrage antwortete Schieder, daß seit Februar 1984 1.412 Bürger bei den Bürgerdienststellen Sondermüll abgegeben haben. Rund 60 Prozent des Sondermülls waren Medikamente - mehr als eine Tonne -, der Rest Altbatterien, sowie vereinzelt Lacke, Leuchtstoffröhren etc.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE über die Erfahrungen des Bürgerdienstes bei der Kontrolle des Salzstreuverbotes erklärte StR. Schieder, bis zur Einführung des Silbernitrattests 1983 seien acht Hausbesorger zur Anzeige gebracht worden. Mit Einführung dieses Tests sei es den sechs Funkfahrern des Mobilien Bürgerdienstes möglich, Salzanwendung auch nach Stunden nachzuprüfen. Die Testsets werden von der Technischen Universität Wien unentgeltlich erneuert. Im Winter 1982/1983 seien relativ wenig Beschwerden gekommen, 1983/1984 hätten sich zwei Schwerpunkttafe ergeben. Die überwiegende Anzahl hielt sich an das Salzstreuverbot, bei den von der Firma Austroschnee betreuten Gebieten seien aber die meisten Tests positiv verlaufen. Laut einer Anordnung der Magistratsdirektion werde ein Gewerbeentzugsverfahren eingeleitet, die privatrechtlichen Verträge der Stadt Wien mit der Firma Austroschnee werden nicht erneuert.
(Forts.) jel/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Mag. REGLER (öVP), ob die Vergabe der Werbung auf der Rückseite der Vorverkaufsfahrscheine auf Grund einer Ausschreibung erfolgt ist, stellte StR. HATZL (SPÖ) fest, daß die Vergabe von der GEWISTA durchgeführt wurde. Er sei nicht dagegen, daß Werbeaufdrucke auf den Fahrscheinen des Verkehrsverbundes angebracht werden. Die GEWISTA hat nach seinem Wissensstand mehrere Angebote eingeholt und an den Bestbieter vergeben.

Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ), wie sich der lange Donnerstag bei den Magistratsdienststellen bewährt, gab StR. Friederike SEIDL (SPÖ) eine Übersicht, aus der hervorgeht, daß diese Maßnahme sehr gut angekommen ist. Lediglich bei vier Dienststellen gab es im Jahr 1983 einen leichten Rückgang der Frequenz.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. Dr. GOLLER (öVP), welche aktuellen Maßnahmen von Holding-Betrieben zur Erhaltung kulturell wertvollen Baubestandes vorbereitet werden, erinnerte StR. MAYR (SPÖ), daß bereits in den sechziger und siebziger Jahren Beiträge zur Stadterneuerung geleistet wurden. An Beispielen nannte er u.a. die Blutgasse, den Spittelberg, die Schönlaterngasse und den Bereich von Maria am Gestade.

Auf die Zusatzfrage, welche Verwertungsvorschläge für den Bereich der Rossauerkaserne, Schleifen oder Wohnbebauung, erarbeitet werden, sagte StR. Mayr, zuerst müßten genaue Untersuchungen vorliegen. Er persönlich trete für eine Neuverwendung des Gebäudes unter Erhaltung der Bausubstanz ein. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Mitteilung zum Energiekonzept

=++++

13 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL (SPÖ) meldete sich mit einer Mitteilung zur Fortschreibung des Wiener Energiekonzeptes zu Wort. Hatzl verwies dabei auf die Wichtigkeit dieses 1978 erstmals erstellten Konzeptes und seine Bedeutung aufgrund geänderter wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse. Als Tatsache nannte Hatzl einen weiteren, wenn auch gedämpften Zuwachs des Energieverbrauchs sowie die Importabhängigkeit Österreichs auf diesem Sektor zu zwei Drittel. Es sei allgemein ein Sinken des Erdöls am Gesamtenergieverbrauch und ein Anstieg in den Bereichen Wasserkraft, Erdgas und - speziell in Wien - Fernwärme anzustreben. Bis 1992 soll der Fernwärmeanteil von derzeit 13 Prozent auf 20 Prozent, der Anteil der Erdgasversorgung von heute 30 Prozent auf 41 Prozent steigen, sagte Hatzl, was auch einen Anstieg in den preisgünstigsten und umweltfreundlichsten Sektoren bedeutet. Die Stromversorgung für Wien wird durch einen künftigen Verbundstromanteil von 42 Prozent ab 1985 und 43 Prozent ab 1987 sowie durch eine Beteiligung an den Donaukraftwerken von je 12,5 Prozent gesichert. Vorgesehen ist u. a. auch die Errichtung eines weiteren 380-Megawatt-Blockkraftwerkes in Form einer Kraft-Wärme-Kupplung mit bestmöglicher Rauchgasentschwefelung bis 1989/90. Insgesamt beträgt der Investitionsbedarf für elektrische Energie bis 1992 rund 20 Milliarden Schilling, der Bedarf im Erdgasbereich vier Milliarden und der im Fernwärmebereich sechs Milliarden Schilling. Alle diese Maßnahmen tragen dazu bei, daß der Anteil von Kohle und Heizöl von 56 Prozent im Jahr 1980 auf 32 Prozent im Jahr 1992 zurückgehen wird. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Mitteilung zum Energiekonzept

++++

14 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Hatzl betonte, daß die Realisierung des Energiekonzeptes für die Stadt Wien eine positive Entwicklung in Richtung Umweltverbesserung bringen wird.

Die verstärkte Fernwärmeaufbringung aus Kraft-Wärme-Kupplungsanlagen, die Erhöhung des Erdgasanteiles, die Umstellung von Heizwerken und Hauszentralen auf Erdgas, der erhöhte Strombezug von der Verbundgesellschaft, aber auch der Strombezug aus umweltfreundlichen Donaukraftwerken, die Möglichkeit des verstärkten Erdgaseinsatzes in den Kraftwerken der Wiener E-Werke, die Ausrüstung des geplanten neuen Blockkraftwerkes mit bestmöglicher Rauchgasentschwefelung, der forcierte Ausbau des Fernwärmeverbundnetzes sowie der Einbau einer funktionstüchtigen Entschwefelungsanlage im Fernwärmewerk Spittelau sind die Voraussetzungen dafür, daß die SO₂-Emissionen in Wien in weniger als zehn Jahren auf einen Wert gesenkt werden, der gegenüber 1980 nur mehr ein Drittel der Umweltbelastung bedeutet. Allein bei den Wiener E-Werken werden die durchschnittlichen jährlichen SO₂-Emissionen bereits ab 1987 - das heißt in drei Jahren - weniger als die Hälfte der noch vor drei Jahren emittierten Menge betragen. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

15 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Dem Wiener Gemeinderat lagen zwei Anfragen der FPÖ und drei Anfragen der ÖVP sowie sieben Anträge der ÖVP vor.

Ein Antrag betrifft die Errichtung der Heldenplatzgarage, ein Garagenkonzept und ein Park-and-Ride-Konzept, einer fordert die Übernahme der Kosten für die Errichtung von Wasserleitungen bei Grundwasserverseuchungen, ein Antrag bezieht sich auf den Ausbau der S-Bahn von Meidling bis zur Hofwiesengasse in Hietzing. In einem weiteren Antrag fordert die ÖVP die Durchführung einer lokalen Volksbefragung wegen der Errichtung des Bezirkszentrums Hernals. Weiters beantragt die ÖVP die Anbringung entsprechender Hinweise über die Besuchszeiten in Kinderspitälern, regelmäßige Beratung von familienpolitischen Aktivitäten im Rahmen des Familienforums der Stadt Wien sowie die Schaffung einer Ring-Rund-Linie.

Ferner lagen einige Anträge von Bezirksvorstehungen vor. Die Bezirksvorstehung Landstraße beantragt die Beschleunigung des U-Bahn-Baues und die Verkürzung der Bauzeit, die Bezirksvorstehung Neubau verlangte, daß Eigentümer von Grünanlagen verpflichtet werden sollen, sie zu erhalten, weiters fordert sie bei Neubauten in innerstädtischen Gebieten die Schaffung von Grünflächen vorzuschreiben, außerdem die Errichtung von Nebenräumen im Amtshaus, Maßnahmen auf dem Kinderspielplatz Siebensterngasse sowie einen lärmdämmenden Straßenbelag in der Zieglergasse. Die Anträge wurden zugewiesen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds

=++++

16 Wien, 30.3. (RK KOMMUNAL) StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) beantragte die Errichtung eines Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds und die Bereitstellung von 400 Millionen Schilling für diesen Zweck. Hofmann sagte, die Schaffung des Fonds sei gleichwertig mit den Beschlüssen über die Stadterweiterung im vergangenen Jahrhundert, über den kommunalen Wohnbau im Jahre 1923 und dem Start der Stadterweiterungsperiode im Jahre 1961. Bereits 1970 habe er in einer Budgetrede erstmals auf die Notwendigkeit der Stadterneuerung hingewiesen, seither sei dies Allgemeingut geworden. Die SPÖ habe sich in verschiedenen Arbeitsprogrammen dazu bekannt, und es sei auch möglich gewesen, teilweise die beiden anderen Fraktionen in die Lösung dieser Materie einzubeziehen, auch wenn die FPÖ bei diesem Fonds nicht mitstimmen wird.

Die Wünsche Wiens an den Bundesgesetzgeber wurden in die Entwürfe weitgehend eingearbeitet, und er hoffe, sagte Hofmann, daß im Zuge der parlamentarischen Beratung noch weitere Verbesserungen im Sinne der Wiener Wünsche vorgenommen werden. Es bestehe die Bereitschaft des Finanzministers, mit den Bausparkassen zu verhandeln, daß der mehrgeschossige Mietwohnbau und die Stadterneuerung über die Bausparkassen finanziert werden können. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds

=++++

17 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Bei der Vorbereitung zum Stadterneuerungsfonds haben die Manager der verpolitisierten Genossenschaften Regie geführt, die bisher in ihrem Bereich abgewirtschaftet haben, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Der Fonds wird daher keine taugliche Grundlage für die Stadterneuerung sein, er dient nur als Auffangnetz für ins Schleudern gekommene Genossenschaften. So wie beim Milchwirtschaftsfonds wird die zentralverwaltete Fondsbürokratie das Wohnen in Wien nicht billiger, sondern teurer machen.

Hirnschall kritisierte massiv, daß alle als Geschäftsführer vorgesehenen Personen Beziehungen zur Bau- oder Realitätenbranche haben. Die Erklärung von Erwin Wippel, seine Beteiligungen und Geschäfte seinem Sohn zu übertragen, kommentierte Hirnschall mit der Bemerkung: "Da wird sich der Androsch nachträglich ärgern, denn er hätte ja auch nur bloß alles seiner Frau überschreiben müssen".

Die Freiheitlichen sehen in dem Beschluß die Tendenz des Wiener Gemeinderates, in wesentlichen Belangen "abzudanken". Den Bau des AKH übergab man der VOEST, den U-Bahn-Bau wollte man einem Kartell übertragen, und nun soll die Stadterneuerung über einen Fonds abgewickelt werden. Dazu paßt auch, daß es über die Kernfrage der Organisation der Stadterneuerung in Wien nur Geheimverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP gab. Mit den Freiheitlichen wurde nicht gesprochen, mit unabhängigen Fachleuten nicht, aber auch nicht mit den Architekten und Zivilingenieuren. Offensichtlich will man den bisher in der Wohnbauförderung geübten Protektionismus fortsetzen und den freien Wettbewerb ausschalten. Daran hat auch die ÖVP ein vitales Interesse, denn die vielen marod geführten ÖVP-nahen Genossenschaften könnten einem freien Wettbewerb nicht standhalten. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds

=++++

18 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Auch die Befürworter des Fonds sollten, so Hirnschall, an einigen Änderungen der vorgesehenen Statuten interessiert sein. Hirnschall stellte folgende Abänderungsanträge:

- o Das Kuratorium sollte vom Stadtsenat bestellt werden, die Funktion unentgeltlich ausüben, und im Sinne der Unvereinbarkeit sollten die Mitglieder des Kuratoriums nicht in der Bau- und Realitätenbranche tätig sein.
- o Die Zahl der Geschäftsführer sollte auf zwei begrenzt sein, sie sollten nach einer öffentlichen Ausschreibung vom Kuratorium bestellt werden. Die Geschäftsführer sollten weiter eine eidesstattliche Erklärung abgeben, daß sie weder direkt noch indirekt an der Bau- oder Realitätenbranche beteiligt sind.
- o Der Wirtschaftsplan sollte bis 15. Dezember des Vorjahres erstellt, dem Kuratorium vorgelegt und dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht werden.
- o Ebenfalls sollten die Rechnungsabschlüsse dem Gemeinderat vorgelegt werden. (Forts.) sei/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds

=++++

19 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) "Die Stadt als Ort des Aufstieges aus der Unfreiheit zur Freiheit verdiene," zitierte Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) Max Weber "daß mehr und Besseres für sie geleistet wird."

Der heutige Tag stelle eine erfreuliche Wende und eine grundsätzliche Veränderung in der Wohnbaupolitik dar. Gerade in diesem Bereich manifestiere sich die Abhängigkeit des Menschen von politischen Konstellationen und die soziale Komponente. 25 Jahre Wohnbaupolitik in Wien seien von der Stadterweiterung gekennzeichnet gewesen. Daraus hätten Probleme der Infrastruktur, des Verkehrs, der altersmäßigen Entmischung verschiedener Bezirke resultiert. Rund 65 Prozent der zwischen 1960 und 1978 errichteten Neubauwohnungen stehen in Randzonen. Von diesen 182.000 Wohnungen errichtete die Gemeinde Wien 37,4 Prozent, davon nur ein Drittel in Stadterneuerungsgebieten. Eine Trendumkehr sei erst in den letzten Jahren bemerkbar gewesen. Außerdem habe der soziale Wohnbau die Grenzen der Finanzierbarkeit für einen Großteil der Bevölkerung erreicht.

Busek rief die einzelnen Komponenten, die für die Bedeutung der Gründung des Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds relevant sind, in Erinnerung:

- o In der Regel sei Erneuern billiger als der Neubau. Das Verhältnis betrage 1:2 zu den Neubaukosten. Unter Berücksichtigung der Infrastrukturkosten verschiebe sich das Verhältnis auf 1:3 bis 1:5.
- o Die Stadterneuerung löse kräftige Investitionsimpulse aus und sichere zusätzlich etwa 10.000 Wiener Arbeitsplätze. (Forts.)

jel/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds

=++++

20 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL)

- o Der billigeren Schaffung von Wohnraum komme auch in sozialer Hinsicht besondere Bedeutung zu. Das bis jetzt vorhandene Instrumentarium sei nicht in der Lage gewesen, den "üblen Graumarkt" rund um die Verfügbarkeit und Sanierung von Altbauten zu bewältigen. Das Mietrechtsgesetz sei unzureichend, erklärte Busek. Für sanierungsbedürftige Substandardhäuser reiche der Erhaltungsbeitrag nicht aus, womit es in der Folge zu unzumutbaren Härten für die Mieter käme.
- o Nicht zuletzt bestehe aber auch ein geistiges Prinzip, das die Bedeutung der Stadterneuerung deutlich mache. Der Organismus Stadt müsse in seiner Bedeutung zur Befriedigung kultureller, geistiger und ethischer Bedürfnisse erhalten bleiben und gefördert werden. Blosser Funktionalismus schaffe keine Basis für eine positive Existenz in der Stadt.

Die Schaffung des Fonds, erklärte Busek, sei das Ergebnis eines Kompromisses. Man stehe vor der Frage, die Dinge so zu lassen wie sie sind, oder einen Prozeß in Bewegung zu setzen. Die ÖVP habe sich mit ihrer "Zustimmung ohne Illusion" für das Letztere entschieden. Die Verabschiedung der Fondssatzungen lasse hoffen, daß dies die Initialzündung für Diskussionen und für einen "Konflikt im guten Sinn" sei. Individualität und Pluralität seien mit der Begründung des Fonds möglich geworden. Das Wettbewerbsprinzip und die Qualitätsbeurteilung seien durch die Satzungen gesichert, widersprach Busek der FPÖ. Die Wohnbauträger würden sich nach den Anforderungen umzustrukturieren haben; ohne die Befassung von Privaten sei eine Tätigkeit des Fonds jedoch nicht möglich. Die Gründung des Fonds stelle die Einleitung einer kooperativen Entwicklung in der Wiener Wohnbaupolitik dar, schloß Busek. (Forts.)
jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds

=++++

21 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ)

bezeichnete den Stadterneuerungsfonds als wesentliches Instrument der Stadtgestaltung. Er eröffnet eine Chance für eine vernünftige Grundstückspolitik. Am Beispiel des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds zeigt sich, daß es diesem gelungen ist, den Grundstücksmarkt für Betriebsbaugebiete zu beruhigen.

Die Entwicklung einer Stadt vollzieht sich immer in mehreren Etappen. Genauso wie nach dem Krieg der Wiederaufbau, das Schnellbauprogramm und die Stadterweiterung notwendig waren, ist heute die Stadterneuerung wichtig. Die Trendumkehr, vom Stadtrand wieder in das Stadtzentrum zurückzukehren, entspricht den Bedürfnissen der Bevölkerung. Von den mehr als 700.000 bewohnten Wohnungen in Wien sind etwa 70 Prozent Gemeindewohnungen bzw. Wohnungen der Gemeinnützigen Bauträger. Damit wohnen zwei Drittel der Wiener in modern ausgestatteten Wohnungen. Mehr als 200.000 Wohnungen müssen erneuert oder ersetzt werden. Damit ist auch ausgesagt, daß auf die Neubautätigkeit nicht verzichtet werden kann.

Die Schwerpunkte der künftigen Arbeit sind Revitalisierung, Sanierung und Erhaltung des vorhandenen Baubestandes. Es geht darum, die Substanz zu erhalten und gleichzeitig dem heutigen Standard anzupassen. Der Fonds erleichtert es, die gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Das Wohnhaussanierungsgesetz, das die Bundesregierung ausgearbeitet hat, versetzt uns in die Lage, eine Chancengleichheit für Neubau und Revitalisierung herzustellen, sagte Hofstetter. Damit werden echte Impulse für die Stadterneuerung gegeben. (Forts.)

fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds

=++++

22 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Es werde nicht leicht sein, sagte Hofstetter, Mieter und Hauseigentümer zu mobilisieren. Der Fonds wird daher Beratungs- und Informationsstellen für alle Betroffenen einrichten.

Wenn dieser Stadterneuerungsfonds heute vom Gemeinderat beschlossen wird, so ist das ein sehr weitreichender Beschluß, betonte Hofstetter. Der Fonds bietet alle Möglichkeiten für die Stadterneuerung, man sollte ihn in Ruhe arbeiten lassen. Vielleicht kann dieser Beschluß auch ein Vorbild für andere Städte sein, die Lebensqualität in den Ballungszentren zu heben.

Zur Diskussion über die Unvereinbarkeitsklausel von Geschäftsführern und Kuratoriumsmitgliedern sagte Hofstetter, er bekenne sich zu Unvereinbarkeitsbestimmungen und er lege Wert darauf, daß eine entsprechende Klausel in die Geschäftsordnung des Fonds eingebaut wird. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds

=++++

23 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, auch er sei für die Stadterneuerung. Er halte aber im Unterschied zu den Sprechern der anderen beiden Parteien den Stadterneuerungsfonds für einen falschen Weg - einen Weg, der die Grundsätze der Marktwirtschaft durch Kartellbildung ersetzt und dem zuständigen Stadtrat sowie dem Gemeinderat die Kompetenzen auf diesem Gebiet entzieht. Der Fonds diene dazu, marode Genossenschaften zu sanieren, er werde die Wohnungen noch teurer machen und die Wohnungsvergabe verstärktem politischen Druck aussetzen.

Um den Fonds wenigstens unter der Kontrolle des Gemeinderates zu halten - so Pawkowicz - stellte er die folgenden vier Zusatz- und Abänderungsanträge:

1. Die Gewährung von Förderungsmitteln an einen Bauträger setzt ein Einschaurecht durch das Kontrollamt der Stadt Wien voraus.
2. Für die Überwachung geförderter Bau- und Sanierungsmaßnahmen sind Zivilingenieure zu bestellen, die durch die Ingenieurkammer für Wien namhaft gemacht werden.
3. Der Erwerb und die Überlassung von Grundstücken durch den Fonds ist detailliert im Amtsblatt der Stadt Wien zu veröffentlichen.
4. Das Kuratorium des Fonds soll Stadterneuerungserfordernisse und Maßnahmen nicht beschließen können, sondern Empfehlungen dafür abgeben.

(Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds

=++++

24 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) "Kultur ist zerstörbar, aber nicht ohne weiteres machbar. Kultur kann nicht nach Plan oder Absicht gestaltet werden", sagte StR. Dr. MAUTHE (ÖVP). Lange habe er bei der SPÖ für Stadtreparatur und mit Forderungen gegen Bauen auf der grünen Wiese wenig Verständnis gefunden. Nun glaube er, daß die Stadt Wien einen vorteilhaften Weg eingeschlagen habe, und er zweifle, ob andere Städte ebenso konsequent eine neue Linie verfolgen. Nun werde endlich auf eine quantitative Bewertung des Wohnbaus zugunsten ästhetischer Gesichtspunkte verzichtet. Es entstehe die Vision, daß die Stadt nun mehr ist als die Summe ihrer Funktionen. Mit dieser Erkenntnis könnte sich, so Mauthe, eine Renaissance des Urbanen einstellen, könnte die Stadt wieder wirklich werden.

Was heute beschlossen wird, schaffe neue Chancen für die Stadt. Eine rasche Verjüngung der Stadt werde jedoch nicht stattfinden, wenn nicht auch die Strukturen geändert werden. Er verwies auf das komplizierte Verhältnis zwischen Baubeamten, Bauträgern und Architekten. Viele Ressentiments, viel Vorschriftenballast müßten abgeschüttelt werden. Die Bautätigkeit des Bundes bezeichnete Mauthe als barbarische Stadtbildverwüstung. Die Stadt dürfe ihre Hände nicht in Unschuld waschen, während ihr Gesicht verunstaltet werde. Er bedauerte das Fehlen einer "Wiener Architekturschule", vergleichbar jenen in Tirol, Vorarlberg oder der Steiermark. Er hoffe sehr, daß die Architekten imstande sein werden, die neuen Chancen zu nützen. Derzeit gebe es eine schwere Krise der Architektur. Die Jugend wolle menschliche Städte, sie sollte die Möglichkeit haben, mitzuarbeiten und an den Entscheidungen zu partizipieren. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Bodenbeteiligungs- und Stadterneuerungsfonds

=++++

25 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Für die ÖVP ist nach sieben Jahren zähem politischem Ringen für die Stadterneuerung der heutige Tag von ganz besonderer Bedeutung, erklärte GR. Dr. PETRIK (ÖVP). Es besteht die Chance, daß man in dieser Stadt ein Stück weiter kommt. Zur FPÖ meinte Petrik, wenn sie es redlich mit ihrer Kritik meine, müßte sie in Zukunft die Polemik einstellen. Denn neben den Statuten des Fonds wird es auch eine Geschäftsordnung geben, und in dieser Geschäftsordnung müssen natürlich Unvereinbarkeitsbestimmungen eingebaut sein. Petrik stellte den ANTRAG, daß die Kuratoriumsmitglieder ihre Funktion ehrenamtlich auszuüben haben. Sie dürfen auch im Rahmen ihres Aufgabengebietes weder Geschäfte für eigene noch fremde Rechnung machen. Eine weitere Forderung ist, daß die Kuratoren weder direkt noch indirekt an einschlägigen Geschäftszweigen beteiligt sein dürfen und auch nicht Aufsichtsrat oder Geschäftsführer bei solchen Unternehmen sein dürfen. Für die Geschäftsführer fordert der ÖVP-Antrag ein volles Konkurrenzverbot. Die Geschäftsführer sollten ohne Zustimmung durch das Kuratorium weder Geschäfte auf eigene oder fremde Rechnung machen und sich auch nicht direkt oder indirekt an einer Gesellschaft des gleichen Geschäftszweiges beteiligen dürfen. Ausgeschlossen sollte auch eine Tätigkeit als Aufsichtsrat oder Geschäftsführer solcher Gesellschaften sein. Ohne Genehmigung durch das Kuratorium sollten die Geschäftsführer des Fonds auch keinem Nebenerwerb nachgehen dürfen. (Forts.) sei/ap

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds

=++++

26 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Im zweiten Teil seiner Rede kritisierte Dr. Petrik die Belastungspolitik der Bundesregierung. Durch diese Politik wurde die Inflationsrate in die Höhe getrieben. Betroffen sind vor allem die sozial Schwachen in den Sozialwohnungen. Petrik stellte den ANTRAG, daß die Gemeinde Wien auf die im Mietengesetz vorgesehene Erhöhung der Kategoriemietzinse und Erhaltungsbeiträge verzichtet. Eine Erhöhung wäre nämlich möglich, weil das Mietengesetz festlegt, daß nach einer zehnprozentigen Erhöhung des Verbraucherpreisindex die Mietzinse und Erhaltungsbeiträge automatisch um diese zehn Prozent erhöht werden könnten. Eine solche Erhöhung des Verbraucherpreisindex ist im Februar 1984 eingetreten. Die Gemeinde sollte jedoch, so Petrik, auf die Möglichkeit der Erhöhung verzichten. (Forts.) sei/ko

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds

=++++

27 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Die SPÖ bekenne sich, sagte GR. Dr. SWOBODA (SPÖ), zur Renaissance der Stadt im philosophischen und technischen Sinn. Es dürfe nicht nur eine technische Erneuerung stattfinden, wie der von der ÖVP geprägte terminus technicus "Stadtreparatur" aussage.

Bei beiden Parteien habe ein Meinungsbildungsprozeß stattgefunden, die Entwicklung des Fonds sei jedoch nicht vorgezeichnet. Er hoffe, erklärte Swoboda, daß der Fonds zu mehr Transparenz und weniger Verflechtungen führe.

Zum Debattenbeitrag von Dr. Petrik erklärte Swoboda, daß einige Bestimmungen des neuen Mietrechtsgesetzes auf die ÖVP zurückgingen. Der von der ÖVP beantragten Aussetzung der Kategoriemietzins- und Erhaltungsbeitragserhöhung hielt Swoboda entgegen, daß man bei der Idexregelung für die Mieten endlich eine Automatik erreicht hätte. Eine abrupte Anhebung sei damit unmöglich geworden.

Swoboda forderte die ÖVP zur Kooperation auf, um auf bundespolitischer Ebene rasch ein neues Wohnhaussanierungsgesetz zu realisieren. (Forts.) jel/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds

=++++

28 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) setzte sich im Schlußwort mit der Kritik der Freiheitlichen Partei am Stadterneuerungsfonds auseinander. Die FPÖ habe sich mit ihren Vorwürfen einen "Pappkameraden" aufgebaut. Er bedaure es, sagte Hofmann, daß es nicht gelungen ist, der FPÖ beim Stadterneuerungsfonds einen ähnlichen Zuhörerstatus einzuräumen wie bei den Wohnungskommissionen.

Die Kritik der Architekten- und Ingenieurkammer sei ihm verständlich, sagte Hofmann, da es für das vorhandene Bauvolumen zu viele freischaffende Architekten gibt.

"Wenn wir uns heute zur Stadterneuerung bekennen, dann ist dies nur möglich, weil wir vorher die Stadterweiterung konsequent durchgeführt haben," betonte Hofmann zum Vorwurf, die SPÖ habe über ihren eigenen Schatten springen müssen. "Wir waren immer für einen Stadterneuerungsfonds, der aber nur dann einen Erfolg verspricht, wenn nicht die Stadt alleingelassen wird. Die Rahmenbedingungen, siehe Änderung der Förderung, geben nun eine Chance." Zum Vorwurf der Eigentumsfeindlichkeit der SPÖ betonte Hofmann, es sei ernstlich zu prüfen, ob die Steuermittel, die zur Verbesserung zur Verfügung gestellt werden, nur dem privaten Hausbesitz zugute kommen sollen. So wäre etwa ein Weitergaberecht für den Mieter denkbar, solange die Fondsmittel nicht zurückgezahlt sind.

Die Ansicht der FPÖ, daß der Fonds lediglich der Rettung maroder Wohnbaugesellschaften dient, wurde von Hofmann scharf zurückgewiesen. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds

=++++

29 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Eine Auflistung der Baulandreserve hat gezeigt, daß die Bauträger Reserven für 25.000 Wohnungen haben. Der Fonds ist daher in nächster Zeit nicht in Zugzwang, Grundstücke kaufen zu müssen.

Abschließend appellierte Hofmann an die ÖVP - Mandatäre, Wohnungsfragen außer Streit zu stellen.

ABSTIMMUNG: Die Abänderungs- und Zusatzanträge der FPÖ zum Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Die beiden ÖVP-Anträge wurden zugewiesen.

Die Gründung des Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP beschlossen. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Erneuerungsarbeiten im Wiener Stadion

=++++

30 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte die Durchführung von Erneuerungen und Wiederherstellungsarbeiten im Wiener Stadionbad, im Wiener Stadion und im Hanappi-Stadion mit einem Gesamtkostenerfordernis von 12,6 Millionen Schilling.

GR. ARTHOLD (ÖVP) verwies in diesem Zusammenhang auf die nun schon seit Jahren angekündigte Sanierung des Wiener Stadions, die jedoch nicht zur Durchführung komme.

Arthold brachte den BESCHLUSSANTRAG ein, eine Überprüfung des Stadions durch das Sicherheitskontrollamt der Stadt Wien durchzuführen, um die Sicherheit der Besucher des Stadions zu gewährleisten.

GR. LUDWIG (SPÖ) entgegnete, gerade bei der Renovierung eines Baues wie des Stadions müsse man sehr umsichtig vorgehen. Eine gute Entscheidung, die zweifellos getroffen werden soll, brauche eben entsprechende Zeit für Überlegungen und Verhandlungen - in diesem Fall zwischen Bund und Land Wien. Ludwig wies auch darauf hin, daß die Trainingsplätze des Stadions große Möglichkeiten für den Breitensport bieten.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Beschlusantrag der ÖVP wurde dem Kontrollausschuß zugewiesen.
(Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Pflege der Grünflächen in Wohnhausanlagen

=++++

31 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) beantragte 53,1 Millionen Schilling für die Betreuung der Grünanlagen im Bereich städtischer Wohnhäuser.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) regte an, diese Grünanlagen den einzelnen Mietern zur Pflege zu übergeben. Positive Beispiele dafür gebe es im In- und Ausland. Dies würde auch zu einer Reduktion der Mietkosten führen.

GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP) schloß sich diesem Vorschlag an und unterstrich, daß derzeit kaum Raum für individuelle Gestaltungsmöglichkeiten durch die Mieter bestehe. Pilotversuche bei kleinen Objekten könnten sofort beginnen.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) erläuterte, daß bei allen geeigneten Anlagen, die jetzt ausgeführt werden, bereits Mietergärten u.ä. vorgesehen sind. In der Wohnhausanlage "Am Schöpfwerk" komme diese Überlegung bereits zum Tragen. Grünflächen dürfen jedoch nicht nur aus der Sicht des Einzelnen gesehen werden - Grünflächen dienen der Freizeit und Erholung, und sie haben eine stadthygienische, stadtgestaltende und stadtgliedernde Funktion. Wenn diese Funktionen berücksichtigt werden, sei eine Selbstverwaltung durch die Mieter denkbar. Bei 6 Millionen Quadratmeter Grünflächen sei es auch überlegenswert, ob eventuell eine Kleingärtnerische Nutzung möglich wäre. Im Kleingartenkonzept der ersten Stufe sei jedenfalls auch diese Alternative enthalten. Es sei notwendig, die Interessen Einzelner und der Gemeinschaft aufeinander abzustimmen, und daher müsse in dieser Angelegenheit langsam und schrittweise vorgegangen werden. Es werde jedenfalls alles getan, um die Grünflächen den Menschen näher zu bringen und besser nutzbar zu machen, sowie auch eine Ersparnis zu bringen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Ganztagsvolksschule im 18. Bezirk

=++++

32 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) GR. STEINBACH (SPö) beantragte die Errichtung einer Ganztagsvolksschule in der Köhlergasse im 18. Bezirk.

GR. OBLASSER (SPö) strich hervor, daß diese Schule vom Architekten Prof. Hollein geplant wird. Hollein, der heute seinen 50. Geburtstag feiert, ist zwar kein bequemer, aber ein großer Sohn unserer Stadt, betonte Oblasser. Mit der Vergabe an Hollein war die Stadt Wien sehr gut beraten.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (öVP) begrüßte den Neubau und die Planungsvergabe an Prof. Hollein. Die öVP sei jedoch in der Schulform unterschiedlicher Auffassung. Anstelle einer Ganztagsvolksschule hätte man eine Tagesheimschule vorsehen sollen.

GR. STEINBACH erklärte in seinem Schlußwort als Berichterstatter, die Ganztagschulen haben in Wien einen großen Zuspruch. Die Bevölkerung sei hier offenbar anderer Meinung als die öVP.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) sei/ap

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Wohnhausanlage Wienerberggründe

=++++

33 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HOFSTETTER (SPö) stellte den Antrag, die Errichtung der städtischen Wohnhausanlage in Wien 10, Wienerberggründe, zu genehmigen.

Die öVP, erklärte GR. ARTHOLD (öVP), gebe zu der nun beginnenden Bebauung der Wienerberggründe ihre Zustimmung. Nach Meinung der öVP gebe es nur noch zwei große Stadterweiterungsgebiete, nämlich die Wienerberg- und die Draschegründe. Die Gestaltung der Wienerberggründe sei jedoch noch lange nicht abgeschlossen. Arthold gab zu bedenken, daß gerade im südöstlichen Teil der Wienerberggründe, wo die Wohnblocks geplant sind, durch die Süd-Ost-Tangente das größte Verkehrsaufkommen bestehe. Es sei daher eigentlich absurd, in einer Zeit gesteigerten Umweltbewußtseins einen Wohnblock 150 Meter von der Süd-Ost-Tangente entfernt zu bauen.

Der Wohnbau auf den Wienerberggründen entspreche den wohnbaupolitischen Grundsätzen der öVP, stellte GR. Ing. SVOBODA (SPö) fest. Es handle sich dabei um ein kommunales Wohnbauvorhaben, das eines der letzten drei Großprojekte am Stadtrand sei. Darüber hinaus gebe es eine Jury-Empfehlung für gerade diesen Standort. Ein ausreichender Schallschutz gegen die Süd-Ost-Tangente und die Triester Straße sei gewährleistet.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Rundfahrtenttarife

=++++

34 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPö) stellte den Antrag, neue Tarife bei den vom PID veranstalteten Stadtrundfahrten zu genehmigen.

Mit diesen Stadtrundfahrten und der Postwurfsendung "Wien, unsere Stadt" befaßte sich GR. Ing. WORM (öVP) in seinem Debattenbeitrag. In Form einer fiktiven Stadtrundfahrt kritisierte Worm die Vorbereitungen zum ersten Wiener Sondermülltag. Die Angaben in der Postwurfsendung weisen laut Worm zahlreiche Fehler und Unrichtigkeiten auf.

GR. Worm irrt in vielen Dingen, betonte StR. SCHIEDER (SPö) in einer Replik. Mit Spitzfindigkeiten über Formulierungen könnten die Probleme nicht gelöst werden. "Mit Scherzen", sagte Schieder, "wird die Müllproblematik einer Großstadt nicht bereinigt."

In seinem Schlußwort forderte GR. Ing. RIEDLER den öVP-Mandatar auf, an allen Rundfahrten teilzunehmen, damit er sich ein Bild von der Stadtverwaltung machen könne.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Grundstücksübertragung an Wirtschaftsförderungsfonds

=++++

35 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHMIDTMEIER (SPö) beantragte die Übertragung einer Reihe von Grundstücken im Gesamtausmaß von 1,116.196 Quadratmetern mit einem Gesamtwert von 318,281,679 Schilling durch die Stadt Wien an den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) sagte, daß ein Teil der im Süden Wiens liegenden Grundstücke in dem als Grüngürtel gewidmeten Bereich der Stadt liege. Daran knüpft sich die Frage, ob die Übernahme durch den Wirtschaftsförderungsfonds eine Umwidmung ergibt.

In seinem Schlußwort sagte GR. SCHMIDTMEIER, daß die im Grünbereich liegenden Grundstücke als Tauschobjekte für landwirtschaftlich genutzte Flächen in Privatbesitz gedacht sind, die bereits eine Widmung für Wirtschaftszwecke haben.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum Energiekonzept

=++++

36 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRSCH (SPÖ) beantragte die Besprechung der Mitteilung über die Fortschreibung des Energiekonzeptes. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, das Konzept beweise die Entkoppelung von Verbrauch und Wirtschaftswachstum. Er verwies darauf, daß die Energiesicherung im Zusammenhang mit der Stadtplanung gesehen werden müsse und ein wesentlicher Teil der Stadtpolitik sei. Es bestehe kein Zweifel, daß es den Technikern gelingen werde, Bauten für die Energiesicherung so zu errichten, daß sie sich mit dem Umweltschutz vertragen. Er glaube, daß auch Maßnahmen an bestehenden Kraftwerken zu einer Verbesserung der Umweltverhältnisse führen können. Es sei allerhöchste Zeit, die Intentionen des Energiekonzeptes rasch zu verwirklichen, schloß Pawkowicz.

GR. Ing. KREINER (ÖVP) kritisierte, daß sich die erste und die zweite Fassung der Fortschreibung zum Energiekonzept nur ganz unwesentlich voneinander unterscheiden. Die zweite Fassung bezeichnete er als vollkommen unnötig. Weil die Zustimmung der ÖVP zur ersten Fassung, in der auch das Kraftwerk Hainburg enthalten ist, auch als Zustimmung zum Bau dieses Kraftwerkes gedeutet wurde, stimme die ÖVP nun der zweiten Fassung nicht zu. Die ÖVP habe nämlich schon bisher den Standpunkt vertreten, das Konzept sei eine Richtlinie, sie identifiziere sich keinesfalls mit allen Details. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum Energiekonzept

=++++

37 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Ziel dieser Vorlage sei es, erklärte GR. HIRSCH (SPÖ), Wien mit sauberer Energie zu versorgen. So werde in den beiden Wiener kalorischen Kraftwerken verstärkt schwefeldioxidarmes Erdgas verfeuert. Bei der Ölfeuerung wird schwefelarmes Öl verwendet. 1985 werde der Anteil des importierten Verbundstroms für Wien rund 42 Prozent betragen. Eine wichtige Maßnahme stelle die Verlegung des 380-kV-Kabels dar, das Wien einige Umspannwerke erspare. Die SPÖ, erklärte Hirsch, bekenne sich auch zu unpopulären Maßnahmen bei der Ver- und Entsorgung. Dazu gehören auch Kabelverlegungen. Wien sei eine der bestversorgten Städte der Welt. An der Energiepolitik der kommunalen Einrichtungen können sich die Industrie und das Gewerbe eine Beispiel nehmen. (Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum Energiekonzept

=++++

38 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. REGLER (ÖVP) bedauerte, daß ihm zum Studium des Berichtes zu wenig Zeit zur Verfügung gestanden sei. Das Konzept enthalte zahlreiche Schwachstellen. Vor allem fehlt die Einbindung in ein gesamtösterreichisches Energiekonzept. Der Redner warf Energiestadtrat Hatzl vor, mit falschen Zahlen zu operieren. "Die nicht realistische Bedarfsprognose ist ein Schwachpunkt des Konzeptes."

Regler kritisierte auch die Tarifpolitik. Zahlreiche Wiener seien nicht mehr in der Lage, die hohen Preise für die Energie zu bezahlen.

Zur Beteiligung der Stadt Wien an den künftigen Donaukraftwerken meinte Regler, die Staustufe Wien sollte vorgezogen werden. Das Kraftwerk Hainburg bringe für Wien zahlreiche Nachteile, unter anderem sei das Grundwasserwerk in der Lobau gefährdet und der Reinigungseffekt der Hauptkläranlage nicht mehr gegeben. (Forts.)

fk/ap

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum Energiekonzept

=++++

39 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) kritisierte am Energiekonzept, daß die Frage des Kraftwerkes Hainburg darin nicht angeschnitten wird. Und das, obwohl auch das Amt der Wiener Landesregierung eine Reihe negativer Fakten zu Hainburg festgestellt habe. So sei die Wiener Trinkwasserversorgung, im speziellen das Grundwasserwerk Lobau, durch das Kraftwerk Hainburg bedroht. Ferner seien durch den Aufstau nachteilige Auswirkungen auf die Wassergüte der Donau und des Grundwassers sowie für das Landschaftsschutzgebiet Lobau zu erwarten. Es sei daher die Pflicht von Bürgermeister Gratz, wie beim Kraftwerk Dürnrohr auch beim Kraftwerk Hainburg zumindest auf Auflagen zu bestehen, die die genannten Gefahren von Wien abwenden.

Abschließend kritisierte Hawlik noch, daß bei der Bedarfserhebung für Strom das Sparen nicht berücksichtigt werde. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum Energiekonzept

=++++

40 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit den Ausführungen von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) erklärte StR. HATZL (SPÖ), der Stadtsenat habe sich grundsätzlich zu Hainburg bekannt, aber in Einzelheiten Bedenken geäußert. Aus Detailbedenken eine grundsätzliche Ablehnung abzuleiten, sei nicht richtig. Grundsätzlich gehe es um die Schiffbarkeit des Wassers, eine nicht unbedeutende Energiemenge, das Entgegenwirken zu Eintiefungstendenzen und Maßnahmen zur Behebung von Schäden, die durch die seinerzeitige Donauregulierung entstanden sind. Überdies sei die wirtschaftliche Komponente nicht unmaßgeblich. Hatzl warf GR. Hawlik vor, Energieverbrauch und Stromverbrauch zu verwechseln: "Wir rechnen mit einem Energieverbrauchsrückgang, aber mit einer Stromverbrauchszunahme," sagte Hatzl. Seinerzeit habe die ÖVP kritisiert, daß sich die Stadt Wien nicht am Kraftwerk Zwentendorf beteiligt hat, und sie habe verlangt, wenigstens die Chance der Flußkraftwerke zu nützen. Es lasse sich nicht absehen, ob die ÖVP nun auch ihre Meinung im Zusammenhang mit dem Kraftwerk Hainburg ändern werde.

Zu den Ausführungen von GR Dipl.-Ing. Dr. REGLER (ÖVP) betonte Hatzl, daß der Wiener Strompreis drei Jahre lang nicht erhöht wurde. Preiserhöhungen erfordern keine politischen, sondern wirtschaftliche Entscheidungen.

Zu den Äußerungen von GR. Ing. Kreiner (ÖVP) erläuterte Hatzl, daß die ursprüngliche Fortschreibung des Energiekonzeptes dem alten Gemeinderat nicht mehr vorgelegt werden konnte. Er, Hatzl, habe Wert darauf gelegt, gleiche Aussagen auch zu wiederholen, um die Vergleichbarkeit zu erleichtern. Das Konzept enthält die Aussagen der Mitarbeiter der Stadtwerke über den Stand des Erreichten und über zu realisierende Maßnahmen.

Das Konzept sei eine Entscheidungshilfe, lasse aber die Möglichkeit zur Anpassung an aktuelle Erfordernisse offen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 18.55 Uhr.

(Schluß) and/ap

ENDE DES SITZUNGSBERICHTES

NNNN